Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Vorhaben-Katalog Informationsgesellschaft 2011–2015: Stand Dezember 2011

März 2012

- Dieser Katalog stellt eine nicht abschliessende Übersicht über die Vorhaben, Massnahmen und Projekte der Bundesverwaltung dar, die zur Umsetzung der Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz beitragen.
- Er hat informativen Charakter und ist nach den Handlungsfeldern und Grundsätzen der Strategie gegliedert.
- Er wird einmal pro Jahr in Zusammenarbeit mit den federführende Bundesstellen durch die im BAKOM angesiedelte Geschäftsstelle Informationsgesellschaft der Bundesverwaltung aktualisiert.
- Der aktualisierte Katalog wird unter www.infosociety.admin.ch mit einem Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen publiziert.

A: Handlungsfeld Infrastruktur				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
A 1: Erarbeiten einer **Strategie des Bundes zum Umgang mit Internet-Domain-Namen** und Sicherstellung ihrer Umsetzung Link zur Webseite des BAKOM	Die ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers), die für die internationale Koordination des Internet-Adressierungssystems verantwortlich ist, hat im Juni 2011 die Liberalisierung des internationalen Domain-Namen-Marktes durch die Einführung neuer generischer Internet Domains der ersten Ebene (gTLDs) beschlossen. Vor diesem Hintergrund gilt es, die nötigen Entscheidungsgrundlagen zu schaffen, um die öffentlichen Interessen der Schweiz zu wahren und die Risiken, die sich aus der Liberalisierung des Internet-Domain-Marktes ergeben, zu minimieren.	BAKOM; BK; BIT, ISB, EFV; SECO, BFK; BJ, IGE, FUB	2012	09.03.2012 *(geplant)*
A 2: Bereitstellen **von Informationen zu Angebot und Nachfrage sowie zum Infrastrukturausbau im Bereich Hochbreitband** A 3: Durchführung einer **Studie zur Breitbandnutzung durch KMU** A 4: Auswertung der **Studie über den Internetanschluss und deren Nutzung in der Schweiz**	Aufbau einer hochwertigen Breitbandinfrastruktur in der Schweiz: Schaffung von Transparenz und Monitoring von Angebot und Nachfrage.	BAKOM; SECO; BFS; ComCom; Elcom; Anbieter BAKOM; SECO BFS; BAKOM	2011-2012	25.05.2011 (Als Antwort auf das Postulat 11.3374 Amherd „Transparenz in der Breitbandinfrastruktur“)

B: Handlungsfeld Sicherheit und Vertrauen				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
B 1: Erarbeitung **eines neuen Spezialgesetzes über die Informationssicherheit im Bund** Zur Medienmitteilung VBS	Definition der Grundsätze einer zeitgemässen Informationssicherheit und Bestimmung der Verantwortlichkeiten; Festlegung einheitlicher und verhältnismässiger Kriterien für die Einstufung und den Umgang mit schutzwürdigen Informationen und für die sichere Verwendung der IKT-Mittel; Schaffung einer Grundlage für die Abgabe behördlicher Sicherheitserklärungen zugunsten Privater, die sich für ausländische oder internationale klassifizierte Aufträge bewerben; Ermächtigung des Bundesrates, internationale Vereinbarungen im Bereich der Informationssicherheit abzuschliessen, usw.	VBS/IOS und Expertengruppe FOGIS: alle Departemente der BV (ohne EVD); VertreterInnen des Parlaments, der Bundesgerichte, der Kantone und ev. der Wirtschaft	2012	30.11.2011
B 2: Erarbeitung einer **nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken** Zur Medienmitteilung VBS	Aufzeigen der Massnahmen zur rascheren und nachhaltigeren Begegnung von digitalen Angriffen auf die Schweiz. Eindämmung der Ursachen und Folgen von Krisen, die durch IKT ausgelöst werden, durch die Erarbeitung eines Schutzkonzeptes, das sich fortwährend dem technologischen Fortschritt und der Entwicklung der Cyber-Kriminalität anpassen lässt.	GS-VBS; alle Departemente der BV; VertreterInnen der Wirtschaft und der Kantone	2011	10.12.2010
B 3: Umsetzung **des nationalen Programms Jugendmedienschutz und Medienkompetenzen** Zur Webseite des BSV	Förderung eines sicheren, altersgerechten und verantwortungsvollen Umgangs von Kindern und Jugendlichen mit digitalen Medien. Gezielte Informationen für Eltern, Lehr- und Fachpersonen für eine geeignete Begleitung von Kindern und Jugendlichen in der Medienerziehung.	BSV; BAKOM; BJ; KOBIK; Kantone; VertreterInnen der Medienbranchen, Wissenschaft, PH	2010-2015	11.06.2010

B: Handlungsfeld Sicherheit und Vertrauen				
B 4: Schutz **kritischer Infrastrukturen** Zur Website des BABS	Umsetzung der Grundstrategie des Bundesrates zum Schutz kritischer Infrastrukturen; u. a. Erstellung eines Verzeichnisses der Kritischen Infrastrukturen der Schweiz (SKI-Inventar) und Erarbeitung eines Leitfadens zum Schutz kritischer Infrastrukturen. Erweiterung der SKI-Grundstrategie zu einer nationalen SKI-Strategie mit dem Ziel, die Resilienz der Schweiz im Zusammenhang mit Kritischen Infrastrukturen zu stärken. Erarbeitung von zusätzlichen Massnahmen zum integralen Schutz der Kritischen Infrastrukturen und zur Reduktion des Schadensausmasses im Fall von Störungen.	BABS; Arbeitsgruppe SKI mit BK und allen Departementen sowie Kantone; Betreiber Kritischer Infrastrukturen	Ab 2009	05.06.2009

C: Handlungsfeld Wirtschaft				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
Keine laufenden Vorhaben				

D: Handlungsfeld E-Demokratie und E-Government				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
D 1: **Elektronischen Abwicklung des Vernehmlassungsverfahrens des Bundes** Zur Webseite der BK	Abklären der Möglichkeiten zur Durchführung von informatikgestützten Vernehmlassungen und Anhörungen sowie informatikgestützte Auswertung von Stellungnahmen. Bundesratsauftrag auf der Basis des Berichtes zu E-Demokratie und E-Partizipation der BK.	BK; ISB, alle Departemente der BV	2011-2012	10.06.2011
D 2: **Nutzung von Social Media für die Landeskommunikation**	Mittels der Umsetzung von fünf Pilotprojekten setzen sich die betroffenen Stellen des EDA und der Auslandvertretungen mit den Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung von „Social Media"- Anwendungen für die Aussenpolitik auseinander.	GS EDA; Schweizer Auslandsvertretungen	2011	Bundesratsauftrag im Rahmen der Departementsziele 2011 des EDA
D 3: **Einführung der elektronischen Geschäftsverwaltung (GEVER)** Zur Webseite der BK Zur Website des BAR	Einführung der elektronischen Geschäftsverwaltung (GEVER) aufgrund der anerkannten Standards in allen Einheiten der Bundesverwaltung; Modernisierung der Dokumenten- und Informationsverwaltung in der ganzen Bundesverwaltung.	BK; BAR; ISB; alle Departemente der BV (Federführung noch festzulegen)	2011-2015	06.06.2011
D 4: **Entwicklung des „Single Point of Orientation"** (Modernisierung des Informationsnachweises und der Zugriffsmöglichkeiten auf Informationen und Daten des Bundes) Zur Webseite des BAR	Förderung des freien Zugangs zu Informationen und Daten des Bundes im Sinne von Open Government Data (Zugang zu den Daten und Informationen des öffentlichen Sektors).	BAR, ISB; Depart. der BV und speziell die Informationsämter, z.B. BFS, swisstopo, Meteo Schweiz	2012-2015	23.01.2008
D 5: Weiterführung der **Umsetzung der Strategie „E-Government Schweiz"** Zur Webseite E-Government	Ziel ist, dass sowohl die Wirtschaft als auch die Bevölkerung die wichtigen Geschäfte mit den Behörden elektronisch abwickeln können. Dafür soll die Verwaltungstätigkeit mittels der IKT so bürgernah und wirtschaftlich wie möglich gestaltet werden.	ISB; alle Departemente der BV, VertreterInnen der Kantone und Gemeinden	2011-2015	29.08.2007

D: Handlungsfeld E-Demokratie und E-Government				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
D 6: **Etappenweise Einführung des „Vote électronique“** Zur Webseite der BK	Weiterführung der schrittweisen und kontrollierten Einführung des „Vote électronique“ durch die Umsetzung der Roadmap; Schaffung der Voraussetzungen für einen funktionstüchtigen Einbezug der AuslandschweizerInnen aller Kantone in Versuche mit Vote électronique.	BK; alle Kantone	2011-2015	31.05.2006
D7: Erarbeitung eines **Massnahmenpakets, das die barrierefreie Zugänglichkeit von Informationen** sowie Kommunikations- und Transaktionsdienstleistungen des Bundes über das Internet nachhaltig sicherstellt. D 8: Erarbeitung **von Massnahmenvorschlägen für die barrierefreie Zugänglichkeit weiterer Informationen und Daten des Bundes** zuhanden des Bundesrates. D 9: Erarbeitung eines **Anforderungsprofils für die Funktion eines Beauftragten für die Internet-Barrierefreiheit** und **Benennung dieser Beauftragten** in den Departementen und in der BK.	Der Bund ist gesetzlich verpflichtet, seine Inhalte im Internet für Menschen mit Behinderungen barrierefrei anzubieten. Trotz eines bestehenden Standards ist die Zugänglichkeit der Webangebote im Bund heute nicht durchgehend gewährleistet. Die Zugänglichkeit muss bereits von der Entstehung der Daten und Informationen des Bundes an im Hinblick auf deren allfällige spätere Veröffentlichung sichergestellt werden. Dies bedingt u.a. eine Berücksichtigung entsprechender Fragen an der Wurzel, z.B. im Rahmen des Beschaffungswesens (Informatikbereich, Dienstleistungen) und bei der Ausbildung des Bundespersonals. Laufende Arbeiten in der Bundesverwaltung sind dabei zu berücksichtigen. Innerhalb der Departemente fehlen zudem interne wie auch externe Ansprechpersonen für Fragen der Barrierefreiheit.	EBGB; BK, BA-KOM, alle Depar-temente der BV	Mitte 2013; danach Umsetzung der Mass-nahmen Mitte 2014 Mai 2012	09.03.2012 (geplant)

E: Handlungsfeld Bildung, Forschung und Innovation				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
E 1: Umsetzung der **Massnahmen gegen den Fachkräftemangel** gemäss der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2013-2016	Massnahmen u.a. gegen den Mangel an Fachkräften in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT).	BBT/SBF	2013-2016	15.02.2012
E 2: Förderung marktnaher F&E Projekte im europäischen Programm „**Ambient Assisted Living“ (AAL)** Zur Webseite des BBT	Steigerung der Lebensqualität und Autonomie älterer Menschen mittels innovativer IKT-Lösungen	BBT; 20 EU-Staaten, Norwegen, Israel	2012-2013	20.10.2010
E 3: Erarbeitung und Verabschiedung des **neuen Weiterbildungsgesetzes**: Umsetzung Art. 64a Bundesverfassung Zur Webseite des BBT	Anpassung der Weiterbildungspolitik mit einem Gesetz über die Weiterbildung (d.h. staatlich nicht anerkannte Bildungsangebote wie Kurse oder Seminare), inklusive Grundkompetenzen Erwachsener.	EVD/BBT; alle betroffenen Amtsstellen und Kantone	2011-2015	09.11.2009

F: Handlungsfeld Kultur				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
F 1: **Umsetzung der Botschaft zur Förderung der Kultur** in den Jahren 2012-2015, insbesondere des Querschnittsthemas **„Kultur Digital“** Zur Webseite des BAK	Zu den Umsetzungsmassnahmen gehören unter anderem die Förderung des digitalen Kulturschaffens, die Abklärung der Auswirkungen der Digitalisierung auf die Produktion, die Vermittlung und die Rezeption von Kultur sowie die Nutzbarmachung der IKT zur Erfassung und Darstellung des kulturellen Erbes.	BAK	2012-2015	23.02.2011

G: Handlungsfeld Gesundheit und Gesundheitswesen				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
G 1: Weiterführung der **Umsetzung der „Strategie eHealth Schweiz“** Zur Webseite des BAG	Schaffung eines elektronischen Patientendossiers; Koordination der Einführung von Online-Diensten mit qualitativ hoch stehenden Gesundheitsinformationen; Schaffung der Voraussetzungen für Telemedizin und Telemonitoring zur medizinischen Beratung und Behandlung auf Distanz.	BAG; alle Departemente der BV, VertreterInnen der Kantone und private Organisationen	2011-2015	27.06.2007

H: Handlungsfeld Energie- und Ressourceneffizienz				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
H 1: **Aktualisierung und Weiterentwicklung der Ressourcen- und Umweltstandards für IT** bei Beschaffung und Betrieb innerhalb der Bundesverwaltung	Berücksichtigen von ökologischen und sozialen Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung und dem Betrieb von IKT in der Bundesverwaltung im Rahmen der Weiterentwicklung des Ressourcen- und Umweltmanagement der Bundesverwaltung (RUMBA).	BBL (Fachgruppe RUMBA und Beschaffungen); BKB; IRB,ISB, BIT, BAFU, ARE, BFE, FUB	2012-2015	15.03.1999 (Grundlagen zu RUMBA)
H 2: Umsetzung des **Masterplan Cleantech,** Massnahmenplan für eine ressourcen- und energieeffizientere Wirtschaft. Zur Webseite des BBT Zur Webseite des Masterplan Cleantech	Vorbildfunktion des Bundes im öffentlichen Beschaffungswesen, u.a. bei der Beschaffung von IT-relevanten Produkten und Dienstleistungen.	BBL/BBT/ SECO/ BFE/ BAFU; Wirtschafts- und Wissenschafts-VertreterInnen	2011-2015	16.09.2011

H: Handlungsfeld Energie- und Ressourceneffizienz				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
H 3: Umsetzung der **IKT-Strategie des Bundes 2012-2015**: Stossrichtung 03 – Mobil arbeiten Zur Webseite des ISB	Die Verwaltungseinheiten definieren ihre Mobilitätsanforderungen an die IKT und stimmen diese mit den Massnahmen aus der Umsetzung der Personalstrategie ab. Neue IKT-Services, Fachanwendungen, Standarddienste und Supportprozesse werden bezüglich Verfügbarkeit und Sicherheit auf die Bedürfnisse der mobilen Arbeit ausgerichtet. Die Arbeitsstandorte in der Bundesverwaltung werden mobiltauglich ausgerüstet.	ISB; BIT, FUB (IKT Provider VBS)	2012-2015	09.12.2011
H 4: Programm **grüne Wirtschaft**; Handlungsfeld Erhöhung der Ressourceneffizienz bei IKT	Die IKT haben sich zu einem ausschlaggebenden Faktor für die Arbeitsproduktivität in allen Sektoren entwickelt. Durch die zunehmende Nutzung von IKT steigen aber auch Ressourcenverbrauch (Material, Energie) und Abfallmengen (z.B. durch zunehmend kürzere Lebensdauer der Geräte). Im Rahmen des Bundesratsbeschlusses zur grünen Wirtschaft wurde das UVEK beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem EVD Möglichkeiten für eine Erhöhung der Ressourceneffizienz bei Informations- und Kommunikationstechnologien IKT zu konkretisieren und Grundlagen für die Umsetzung von Massnahmen zu erarbeiten.	BAFU; BAKOM, SECO, BBT	2012	13.10.2010
H 5: Umsetzung der **IKT-Strategie des Bundes 2012-2015**: Stossrichtung 04 – Datacenter Verbund Zur Webseite des ISB	Erstellen einer bundesweit gemeinsamen Kapazitätsplanung für Data Center und Erarbeitung eines departementsübergreifenden Data-Center-Konzepts zu Handen des Bundesrats. Dieses sichert die nachhaltige Ausgestaltung und den effizienten Betrieb der in der Bundesverwaltung eingesetzten Rechenzentren (Cloud Bund, Data Center Bund, Green IT).	ISB; BIT, ISC-EJPD, ISCeco	Konzepterarbeitung bis Ende 2012; danach Umsetzung	09.12.2011

H: Handlungsfeld Energie- und Ressourceneffizienz				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
H 6: Umsetzung der **Strategie ‚Unified Communication and Collaboration' (UCC) 2011** in der Bundesverwaltung Zur Webseite des ISB	Mit dieser Strategie wird der Wechsel von der herkömmlichen Telefonie auf ein funktional stark erweitertes und mit den Funktionen der Büroautomation integriertes System eingeleitet. Der Transport der Sprache (und auch der neuen Funktionen wie Video-Konferenz oder Desktop-Sharing) erfolgt über das Datennetz der Bundesverwaltung oder das öffentliche Mobil-Telefonie-Netz. Zielsetzung ist also keine reine Telefonie-Strategie, sondern eine weiter gefasste Strategie Sprachkommunikation und UCC. Dies erleichtert entscheidend die Substitution von physischer Anwesenheit an einem Ort durch virtuelle Aktivitäten.	ISB;	Aufbau der Infrastrukturdienstleistungen bis 2015	11.03.2011
H 7: Konzept **EnergieSchweiz 2011–2020:** IKT-relevante Teilaspekte Website des BFE	EnergieSchweiz soll den Verfassungs- und Gesetzesauftrag zur Förderung der rationellen Energieverwendung erfüllen, die energie- und klimapolitischen Ziele der Schweiz mit konkreten Massnahmen unterstützen und damit eine nachhaltige Energieversorgung einleiten. Das Konzept EnergieSchweiz 2011–2020 sieht vor, Schwerpunkte u.a. im Mobilitätsbereich (z.B. Elektromobilität) und im Bereich der Elektrogeräte (z.B. bessere Verankerung von Energie-Labels) zu setzen.	BFE; Interessenverbände	Ab 2011	17.01.2001 (Grundlagen für Energie-Schweiz)
H 8: **Erarbeitung der Energiestrategie 2050** und ihre Umsetzung: **IKT-relevante Teilaspekte** Website des BFE	Der Bundesrat will die bisherige Stromversorgungssicherheit, die sich durch hohe Qualität, gute Verfügbarkeit, eine weitgehend CO2-freie Produktion und wettbewerbsfähige Preise auszeichnet, auch in Zukunft garantieren. Um die Teile des Stromangebots zu decken, die durch den Verzicht auf den Ersatz von Kernkraftwerken wegfallen, muss die Energiestrategie der Schweiz neu ausgerichtet werden. Dies beinhaltet ein Senken des Stromverbrauchs, u.a. durch den Einsatz von energieeffizienteren Geräten, den Um- und Ausbau der Stromnetze zu Smart Grids sowie eine Verstärkung der Energieforschung.	BFE; SBF	Ab 2011	25.05.2011

I : Grundsatz Chancengleichheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
I 1: Weiterführen der Koordinations- und Sensibilisierungsmassnahmen innerhalb der Bundesverwaltung in den Bereichen **e-accessibility, e-usability, e-inclusion** Zur BAKOM-Webseite	Koordination der bundesinternen Akteure im Bereich digitale Integration, Förderung der Zugänglichkeit der Webseiten des Bundes, Sensibilisierung bezüglich der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund.	BAKOM; alle Amtsstellen mit einem Informationsangebot an Dritte: BK, BIT, ISB, BAR, NB, BFS, EGBG, FUB und bundesexterne Partner	2011-2015	08.12.2008

K: Grundsatz Rechtliche Grundlagen				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
K 1: Abklären, wie die Wirksamkeit des **Bundesgesetzes über den Datenschutz** erhöht werden kann, mit Erarbeitung von Massnahmenvorschlägen Zur Webseite des BJ	Auftrag des Bundesrates an das EJPD zu prüfen, welche gesetzgeberischen Massnahmen getroffen werden können, um die Wirksamkeit des Bundesgesetzes über den Datenschutz zu erhöhen; dies aufgrund des Berichtes über die Evaluation des Bundesgesetzes über den Datenschutz vom November 2011 und unter Berücksichtigung der Entwicklungen in der EU und beim Europarat; Erarbeitung von Vorschlägen zum weiteren Vorgehen bis Ende 2014.	BJ; alle Departemente der BV sowie BK und EDÖB	2012-2014	09.12.2011

K: Grundsatz Rechtliche Grundlagen				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
K 2: Erstellung Vorentwurf Rechtsgrundlagen zum **Projekt „Elektronische Signatur“**	Sowohl auf Seiten der Verwaltung als auch auf Seiten der Wirtschaft besteht ein Bedarf an einer Regelung der fortgeschrittenen Signatur. Auch bestehen grössere Rechtsunsicherheiten im Umgang mit signierten Dokumenten, z.B. betreffend Ausdrucke, Trägerwandel oder Archivierung. Hierzu muss eine formellgesetzliche Grundlage geprüft werden.	BJ; ISB; alle Departemente der BV sowie BK, ISB, SECO und EDÖB	2011-2012	06.07.2011
K 3: Abklären der **Rechtsgrundlagen einer IKT-Zusammenarbeit Bund-Kantone** Zur Webseite des BJ	Damit eine einheitliche elektronische Verwaltungslandschaft entstehen und schweizweit nach den gleichen Regeln und Instrumenten funktionieren kann, muss es möglich sein, verbindliche technische und organisatorische Vorgaben zu erlassen. Ob es hierzu eine Grundlage in der Bundesverfassung braucht oder ob die sektoriellen Gesetzgebungskompetenzen des Bundes genügen, ist mittels eines Rechtsgutachtens abzuklären.	BJ; ISB; alle Departemente der BV sowie BK, ISB, SECO und EDÖB	2011-2012	06.07.2011
K 4: Erarbeitung eines **Konzeptes für die Organisation und Finanzierung von nationalen Basisinfrastrukturen im Bereich E-Government**	Mit der zunehmenden Möglichkeit der Vernetzung der Register untereinander stellen sich immer dringender Fragen betreffend Datenaustauschplattformen, Normierung von Geschäftsprozessen, Standardisierung des Datenaustausches unter verschiedenen Registern sowie mit berechtigten Partnern.	BJ; alle Departemente der BV sowie BK, ISB, SECO und EDÖB	2011-2012	06.07.2011
K 5: Einführung des **Personenidentifikators im Justizbereich** Zur Webseite des BJ	Zur eindeutigen Identifizierung von Personen in Registern ist ein Identifikator erforderlich. Erst dadurch können Meldungen zwischen Verwaltungseinheiten ausgetauscht und zweifelsfrei den richtigen Personen zugeordnet werden.			06.07.2011

K: Grundsatz Rechtliche Grundlagen				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
K 6: Bericht zuhanden des Parlaments: „**Rechtliche Basis für Social Media“** in Erfüllung von 11.3912 Po. Amherd	Das Parlament erwartet einen Bericht, der Antwort gibt auf folgende Fragen: - Wie ist die aktuelle Rechtslage in der Schweiz und international in Bezug auf die Social Media? - Wo bestehen Lücken im Recht? Wie können sie geschlossen werden? - Wie beurteilt der Bundesrat die Schaffung eines eigenen Social-Media-Gesetzes, das den Besonderheiten dieser neuen Kommunikationsplattformen Rechnung trägt?	BAKOM; BJ, EDÖB	2012-2013	23.11.2011

L: Grundsatz Wissenschaftliche Begleitung				
Vorhaben	**Kurzbeschrieb**	**Federführung und Partner**	**Zeitraum**	**Antrag vom Bundesrat verabschiedet:**
L 1: Ausbau des **statistischen Indikatorensystems** zur Informationsgesellschaft Link zur Webseite des BFS	Um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz im internationalen Vergleich zu messen und Aussagen über die Zielerreichung in den einzelnen Handlungsfeldern der Strategie Informationsgesellschaft machen zu können, bedarf es geeigneter statistischer Grundlagen. Diese sind heute nur lückenhaft vorhanden. Die Bedürfnisse der Departemente im Bezug auf statistische Grundlagen müssen eruiert und das bestehende Indikatorensystem entsprechend ausgebaut werden. Dabei muss auch geklärt werden, welche Ressourcen zur Umsetzung des Ausbaus benötigt werden, welche Finanzierungsmöglichkeiten bestehen und welcher Zeitplan für die Umsetzungsarbeiten realistisch ist.	BFS; BAKOM; ISB; Alle Departemente der BV	Bedürfnisanalyse und Vorgehensplan: Mitte 2013; danach Umsetzung	09.03.2012 *(geplant)*